

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2007



## Im Milliardenrausch wanken die Vorsätze

Die Geldsorgen, die den Bundesfinanzminister in diesen Wochen drücken, muten auf den ersten Blick merkwürdig an. Peer Steinbrück kämpft nicht um ein paar Milliarden Euro zur Deckung seines Haushalts.

Er kämpft um das Augenmaß seiner Ressortkollegen. Die überraschend starke Aufwärtsbewegung der Konjunktur lässt die Steuereinnahmen vor allem des Bundes und der Länder innerhalb des Schätz- und Planungszeitraums von vier Jahren um Milliardenbeträge im dreistelligen Bereich ansteigen.

Und da lehnt er sich nicht entspannt zurück? Der Finanzminister ist besorgt, denn er kennt die Mechaniken der Politik. Er weiß, dass der Satz „Kasse macht sinnlich“ zum Erfahrungsbestand aller Demokratien gehört. Er sieht im Geiste schon die Ausgabewünsche der Ressorts auf sich zukommen: Krippen für die Familienministerin; modernes Gerät für den Verteidigungsminister; Förderprojekte für Forschung, Entwicklung und Universitäten; Verkehrsinvestitionen für Mobilität und Umweltschutz. Aus dem Stand könnte der Finanzminister diese Liste bester Absichten und wichtiger Projekte verlängern. Und er weiß, dass kein Wunsch auf ablehnende Kritik in der Öffentlichkeit stößt. Es sind alles gute Dinge, die da projiziert und gefordert werden. Nur der Finanzminister ist der böse Bube, wenn er solchen Wünschen mit der Erinnerung an einen Kabinettsbeschluss der jüngsten Vergangenheit begegnet: „Der Schuldenabbau hat nun Vorrang, und alle weiteren zusätzlichen Einnahmen werden über geringere Steuern an den Bürger zurückgegeben!“

Die Bundeskanzlerin sollte dem Finanzminister zur Seite stehen. Er braucht ihre Unterstützung, weil sich von allen Seiten des Kabinettsstischs die Begehrlichkeiten melden. Beim Abbau der Schulden des Staates geht es nicht um irgendeine Finanzrechnung. Es geht darum, unter Beweis zu stellen, dass es der Regierung ernst ist mit dem Versprechen: „Unseren Kindern eine Perspektive!“

Hans D. Barbier

## Bio weltweit

Die „International Federation of Organic Agriculture“ (IFOAM) hat nachgemessen lassen: Mehr als 31 Millionen Hektar der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche werden von 623 000 Betrieben unter ökologischen Gesichtspunkten bewirtschaftet. Hinzu kommen weitere 19,7 Millionen Hektar, auf denen ökologische Waldwirtschaft und Wildhege betrieben werden. Die größten Flächen der Öko-Landwirtschaft liegen in Australien (12,1 Millionen Hektar), gefolgt von China (3,5 Millionen Hektar) und Argentinien (2,8 Millionen Hektar). Deutschland folgt mit rund 830 000 Hektar auf Platz sieben. Was den Anteil ökologisch genutzter Fläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche angeht, sind die europäischen Alpenländer sowie Skandinavien Spitzenreiter: In Österreich werden 14, in der Schweiz gut zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet.

### Öko-Landbau

	Betriebe	Anbaufläche (ha) in Deutschland
1985	1 610	25 000
1990	3 438	90 000
1995	6 642	309 000
2000	12 740	546 000
2005	17 020	807 000
2006	17 280	833 000

Quelle: ZMP und Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft

Deutschland liegt in diesem Vergleich mit 4,5 Prozent an dreizehnter Stelle.

[www.ifoam.org](http://www.ifoam.org)

## Steigende Eierproduktion

Auch 2006 haben die Hühner weltweit mehr Eier gelegt: Nach vorläufigen Zahlen wuchs die Welteierproduktion im Vergleich zum Vorjahr um knapp zwei Prozent auf 65,5 Millionen Tonnen. Auch in den Vorjahren waren die Hühner fleißig und legten jährlich zwischen zwei und drei Prozent mehr Eier.

Chinesische Hühner sind besonders legefrohdig: Sie tragen mittlerweile 45 Prozent zur globalen Eierproduktion bei. Auch in den kommenden Jahren dürfte die Welteierproduktion steigen, weil Eier preiswert mit tierischem Eiweiß und anderen Nährstoffen versorgen.

[www.zmp.de](http://www.zmp.de)

## Bioprodukte unbekannt?

Mit dem Begriff „Bio“ können manche junge Erwachsene wenig anfangen. Das hat eine Umfrage des „Forums Berufsbildung“ ergeben. 46 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler zwischen 12 und 18 Jahren erklärten, dass sie weder Bio-Lebensmittel noch Werbung dafür kennen.

Wem trotzdem etwas zum Thema „Bio“ einfiel, nannte vor allem Obst und Gemüse, gefolgt von Eiern und Milch. Gefragt, was Bio-Lebensmittel

charakterisiere, antworteten 69 Prozent, Bioprodukte seien teurer als konventionell erzeugte. 64 Prozent gaben an, dass ökologisch hergestellte Lebensmittel gesünder seien. 44 Prozent der Befragten bezeichneten Bioprodukte als „umweltschonend“.

Ein Drittel (31 Prozent) der Mädchen und Jungen war sicher: Bioprodukte schmecken besser. Etwas mehr als ein Drittel (37 Prozent) fand, dass ökologische und konventionelle Lebensmittel „gleich gut“ schmecken. 14 Prozent der Befragten schätzten den Geschmack der Biolebensmittel als „schlechter“ ein.

[www.forum-berufsbildung.de/](http://www.forum-berufsbildung.de/)

### Bioprodukte

Kaufpreis für Bioware, wenn das konventionelle Produkt 1,00 € kostet

Weizenmehl	2,78 €
Naturjoghurt	2,07 €
Eier	1,82 €
Äpfel	1,74 €
Kartoffeln	1,71 €

Quelle: ZMP

### Elektroschrott

Jährlich fallen in Deutschland rund 1,8 Millionen Tonnen Elektroschrott an. Damit könnte ein Güterzug beladen werden, der von Flensburg bis München reicht. Mehr als die Hälfte des Schrotts entfällt auf Haushaltsgeräte wie Herde, Kühlschränke und Waschmaschinen. IT-Schrott – Computer, Drucker, Mobiltelefone – macht 114.000 Tonnen aus, mit zunehmender Tendenz. Experten schätzen, dass künftig jedes Jahr drei bis fünf Prozent mehr IT-Schrott entsorgt werden muss.

[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Ökologischer Landbau: Bio-Bauern gesucht

**Wovon viele Unternehmer träumen, ist bei den ökologisch erzeugten Lebensmitteln wahr geworden: Die Verbraucher fragen mehr nach, als produziert wird; der Handel vergrößert das Sortiment; die Absatzchancen sind rosig. Einziger Kummer: Es gibt zu wenige Öko-Landwirte.**

Für die ökologische Landwirtschaft und den Bioprodukt-Handel könnte die Lage kaum besser sein. Der Markt für Lebensmittel aus ökologischem Landbau wächst, die Nachfrage nach Milch, Brot, Fleisch, Obst und Gemüse vom Bio-Bauern übertrifft das Angebot bei weitem. Der Umsatz wächst mit zweistelligen Raten. Innerhalb von sechs Jahren hat er sich mehr als verdoppelt: Im Jahr 2000 gaben die Deutschen 2,1 Milliarden € für Bioprodukte aus, im Jahr 2006 schon 4,5 Milliarden €.

Der Deutsche Bauernverband erwartet für das laufende Jahr einen Umsatz von 5 Milliarden €. Er könnte noch höher sein. Aber das Angebot kann die steigende Nachfrage nicht befriedigen. Die Angebotslücke ist so groß, dass schon derzeit rund 30 Prozent der in Deutschland verkauften Bioprodukte nicht mehr auf heimischen Feldern und Äckern gedeihen. Die Nachfrage nach ökologisch Angebautem – vor allem Kartoffeln und Futtergetreide – und nach tierischen Produkten wie Eiern, Milch und Fleisch kann nur durch Importe gedeckt werden.

### Handel im Bio-Rausch

In Deutschland bieten rund 2 500 Naturkost- und Bio-Läden sowie rund 300 reine Biosupermärkte – Ketten wie Alnatura oder Basic – ökologisch

erzeugte Produktvielfalt. Dazu kommen 2 000 Reformhäuser mit ihrem ökologisch ausgerichtetem Angebot. Auch Supermarktketten wie Aldi, Plus und Lidl sind auf den Zug aufgesprungen und bieten in ihrem Sortiment vermehrt „Bio“ an. Marktforscher berichten, dass 2006 ein Großteil des Wachstums bei Bioprodukten auf das Konto der sogenannten Discounter ging. Nahezu bundesweit und flächendeckend sind Lebensmittel mit der Vorsilbe „Bio“ inzwischen präsent.

Die Bevölkerung weiß und kritisiert häufig, dass Bioprodukte teuer sind. Doch der hohe Preis schreckt die Käufer nicht ab. 76 Prozent der Verbraucher greifen bewusst zu ökologisch erzeugten Lebensmitteln, 21 Prozent sogar „häufig“, wie das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im „Ökobarometer“ festgestellt hat.

### Nachschub bleibt aus

Der Anteil ökologisch geführter Bauernhöfe ist zwar auch im vergangenen Jahr um 2,5 Prozent gestiegen; 17 300 Landbaubetriebe produzieren inzwischen nach ökologischen Kriterien. Aber der Anteil an den gesamten landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland liegt zur Zeit nur bei 4,5 Prozent. Etwas höher ist der

Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Er liegt bei knapp fünf Prozent. Das sind rund 830 000 Hektar.

Eine schnelle Ausweitung ist nicht möglich. Zwar können bestehende Öko-Betriebe ihre Anbauflächen unproblematisch erweitern. Wer jedoch seinen konventionellen zu einem ökologisch geführten Bauernhof umbauen möchte, braucht Durchhaltevermögen. Er muss seinen Betrieb zwei bis drei Jahre lang nach ökologischen Richtlinien bewirtschaften, bevor seine Erzeugnisse als Bioprodukte verkauft werden dürfen. Zudem sind insbesondere für die Tierhaltung hohe Investitionen für artgerechte Stall- und Auslaufanlagen nötig. Die Hürden für den Umstieg sind hoch.

### Verbraucher werden kritischer

Der wachsende Zuspruch für „Bio“ resultiert aus einem gestiegenen Gesundheitsbewusstsein in Folge zahlreicher Lebensmittel-Skandale. Viele Verbraucher erinnern sich lebhaft an diverse unrühmliche Geschichten der letzten Jahre. Fünfzehn Jahre nach ihrem ersten Auftreten in Großbritannien erfasste die Rinderseuche BSE im Jahr 2000 auch Deutschland. Im folgenden Jahr erhitze ein Schweine-



„Wir werden künftig alle Anbauformen, also die konventionelle und die ökologische, gleich behandeln.“

Horst Seehofer, Bundesminister für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

mastskandal die Gemüter: Mastbetriebe hatten illegale Arzneimittel – Hormone, Antibiotika, Impfstoffe – verwendet. Im Jahr 2002 entdeckten Warentester Kekse, Cracker, Knäckebrot und Pommes Frites im Handel, die den zulässigen Grenzwert für Acrylamid weit überstiegen. 2005 wurde in Filialen einer Supermarktkette Hackfleisch beschlagnahmt, das nach Umverpackung und -etiketierung als Frischware in den Kühltheken lag. Im gleichen Jahr wurde bekannt, dass tonnenweise Schlachtabfälle umdeklariert, an Lebensmittelproduzenten verkauft und zu Wurst verarbeitet worden waren. Im November tauchte Fleisch auf, das verdorben und überlagert war. Der Begriff „Gammelfleisch“ blieb auch 2006 in den Schlagzeilen. Dazu gab es Meldungen über Pestizide im Gemüse, über Nikotin in Hühnereiern und über Benzol in Fruchtsäften.

Für die konventionelle Landwirtschaft waren die zahlreichen Skandale verhängnisvoll: Sie verlor das Vertrauen der Verbraucher. Aber auch die ökologischen Betriebe genießen keinen ungeschmälerten guten Ruf. Auch ihnen gegenüber sind die Kunden sehr kritisch geworden. Sie prüfen genau, ob Produkte mit der Vorsilbe „Bio“ auch tatsächlich ökologisch erzeugt und vollwertig sind.

### Bio oder konventionell?

Für Biobauern ist das Arbeiten nach ökologischen Prinzipien mehr als Landwirtschaft ohne Chemie. Die Maxime im ökologischen Landbau lautet: Wirtschaften im Einklang mit

der Natur! Natürliche Prozesse sollen gefördert, Stoffkreisläufe so weit wie möglich geschlossen werden.

Der Biolandbau versucht, Boden, Pflanzen und Tiere in einen natürlichen Kreislauf zu integrieren. Bio-Bauern müssen auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und mineralische Dünger verzichten. Die Tiere müssen artgerecht gehalten werden – mit genügendem Auslauf, ohne Fütterung von Tiermehl, ohne Antibiotika. Das Futter stammt meistens von den eigenen Feldern, auf jeden Fall aber aus ökologischem Anbau. Die Mastperioden sind länger. Die Schlachtung soll nach kurzem Transport stressfrei erfolgen.

Ziel der ökologischen Wirtschaft ist, Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft zu minimieren und eine hohe Produktqualität zu erreichen. Das bedeutet zwangsläufig, dass im Pflanzenanbau die Erträge pro Hektar geringer ausfallen als in der konventionellen Landwirtschaft, und dass pro Tier weniger Eier, Milch und Fleisch erzeugt werden. Alles in allem: Aufwändigere Herstellung, höherer Anteil an „Handarbeit“ und größerer Kontrollaufwand. Die Mehrkosten müssen in den Preis der Bioprodukte einfließen, wenn der Betrieb rentabel wirtschaften soll. Die Preisunterschiede zwischen Biokost und konventioneller Ware sind bei Fleisch und Wurst besonders deutlich: Das ökologisch erzeugte Steak kann dreimal so teuer sein wie das aus konventioneller Massentierhaltung.

Konventionell produzierte Lebensmittel sind preisgünsti-

ger. Das kommt auch daher, dass manche Kosten der konventionellen Produktionsweise nicht in die Preiskalkulation eingehen, sondern sich als sogenannte externe Kosten an anderer Stelle zeigen: Zum Beispiel im Gesundheitswesen, weil Krankheitskeime aufgrund des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung Resistenzen entwickeln oder weil Nahrungsmittelallergien auftreten. Oder auf den Rechnungen der Wasserwerke, weil Rückstände von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln aufwändig aus dem Trinkwasser entfernt werden müssen. Oder beim Steuerzahler, weil Preisgarantien, Quotenregelungen, Flächenstilllegungs- und sonstige Prämien Subventionszahlungen notwendig machen.

### Ungleicher Wettbewerb

Der Vergleich zwischen ökologischem und konventionellem Landbau zeigt, dass die Landwirte nicht unter gleichen Wettbewerbsbedingungen arbeiten. Der Markt ist gespalten, und diese Spaltung wird bei den Produktionsauflagen und der staatlichen Förderung besonders deutlich:

■ Wer sich für die Produktion ökologischer Lebensmittel entscheidet, unterwirft sich damit einer streng geregelten und kontrollierten Produktionsweise. Erzeuger und Händler müssen penibel Buch führen über jeden Produktions- und Vertriebsschritt, über zugekauftes Futter und darüber, was sie wann gesät und geerntet haben. Viele Erzeugerbetriebe haben sich zusätzlich in Öko-Anbauverbänden – Demeter, Bioland, Naturland und anderen – zu-

sammengeschlossen, deren Richtlinien strenger sind als die allgemeiner formulierten Anforderungen der europäischen Öko-Verordnungen.

■ Der konventionelle Landbau profitiert mehr als die Biobetriebe von der staatlichen Agrarförderung. Das liegt daran, dass Betriebe mit Massenproduktion mehr Direktzahlungen erhalten, die an Produktionsmengen und Flächen geknüpft sind. Andererseits erhält der ökologische Landbau mehr Mittel aus den Entwicklungsprogrammen zur Stärkung des ländlichen Raumes. Insbesondere aus diesen Entwicklungsprogrammen können Umstellungen vom konventionellen zum ökologischen Landbau finanziert werden.

Die Entscheidung, ob Umstellungen gefördert werden oder nicht, fällt in Deutschland in die Zuständigkeit der Bundesländer. Diese Umstellungsprämien wurden für die Jahre 2007 bis 2013 gekürzt, in einigen Bundesländern sogar gestrichen. Viele bedauern das. Sie können sich nicht vorstellen, dass eine von den Verbrauchern gewünschte Entwicklung ohne staatlichen Dirigismus zustande kommt. Fünfzig Jahre Erfahrung mit der Agrarpolitik im konventionellen Landbau haben sie nicht überzeugen können. Dort wurde massiv subventioniert und trotzdem nicht erreicht, was ordnungspolitisch wünschenswert wäre: selbständig und unternehmerisch tätige Landwirte, die nicht auf staatliche Alimentation angewiesen sind.

Andreas Schirmer



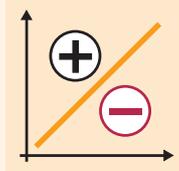
„Ich werde keine Jahreszahl für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt nennen – auf keinen Fall.“

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen

# IM KLARTEXT

Mai 2007

## INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

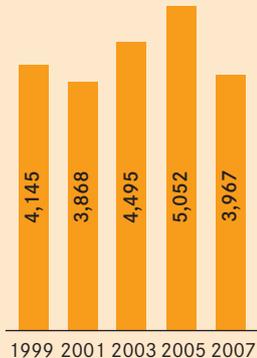
### Vollbeschäftigung +

Im April 2007 wurden 141 000 Arbeitslose weniger gezählt als im März. Damit waren gemäß offizieller Statistik 3,967 Millionen Menschen ohne Arbeit, 824 000 weniger als im April 2006.

Hauptursache für den Rückgang ist laut Bundesagentur die – dank guter Konjunktur – steigende Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze: Mittlerweile sei deutlich mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen zuzurechnen.

### Arbeitslose

in Millionen, jeweils April



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

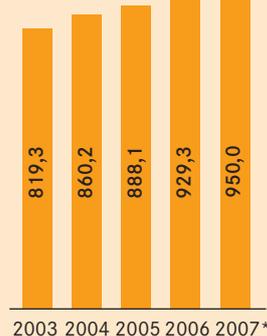
### Geldwertstabilität -

Bis zum Jahr 2011 werden schätzungsweise 180 Milliarden € Steuermehreinnahmen in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden fließen. Über knapp die Hälfte davon – 87 Milliarden € – wird der Bundesfinanzminister verfügen können. Das verleitet manchen Bundesminister dazu, neue Ausgaben zu fordern: 300 Millionen € mehr für höhere Bafög-Leistungen; 500 Millionen € mehr für die innere Sicherheit; 500 Millionen € mehr für den Straßenbau; 1,3 Milliarden € mehr für Auslandseinsätze, Ausrüstung und Kasernen der Bundeswehr; 3 Milliarden € mehr für den Klimaschutz etc.

Der Bundesfinanzminister wollte bislang den Schuldenabbau und die Haushaltssanierung forcieren. Jüngst hat er erklärt, dass ein Teil der Mehreinnahmen zur „Stärkung wichtiger Zukunftsbereiche“ genutzt werden soll. Dies gelte für Bildung und Familie sowie für die innere und äußere Sicherheit. Mit anderen Worten: höhere Staatsausgaben. Wenn es nicht gelingt, im aktuellen

### Staatsschulden

Schulden des Bundes in Milliarden €



\* geschätzt

Quelle: Bundesmin. der Finanzen

Konjunkturhoch den Staatshaushalt zu konsolidieren, muss man fragen: Wann dann?

### Eigenverantwortung -

Im August 2006 sind Ich-AG und Überbrückungsgeld zum sogenannten Gründungszuschuss zusammengefasst worden. Wie bei der Ich-AG erstreckt sich der Förderzeitraum auf bis zu 15 Monate. Analog zum ausgelaufenen Überbrückungsgeld erhält jeder Gründer einen individuellen Basisbetrag. Die Grundförderung läuft über neun Monate und umfasst das bisherige Arbeits-

losengeld zuzüglich einer Pauschale von 300 €. Im Anschluss daran kann für weitere sechs Monate eine Aufbauförderung gewährt werden. Die Gründer erhalten dann monatlich pauschal 300 €.

Im April erhielten 12 973 neue Existenzgründer den Zuschuss. Bislang haben sich rund 72 000 Menschen mit Hilfe des Gründungszuschusses eine Existenz aufgebaut. Von der „Förderung der Selbständigkeit“ profitierten im April insgesamt 236 000 Menschen.

Natürlich ist der Aufbau einer selbständigen Existenz besser als das Verharren in der Arbeitslosigkeit. Aber ist das wirklich „Selbständigkeit“, wenn einer notgedrungen mit einem Zuschuss von 300 € im Monat versucht, sich zu beschäftigen?

### Gründungshilfe

Anzahl der Personen, die einen Gründungszuschuss erhalten

Januar 2007	40 163
Februar 2007	49 840
März 2007	59 437
April 2007	72 101

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance/dpa  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*